

Wege aus der Krise in die Transformation

Vorsorgeorientierte Postwachstumsposition und Transition zur Nachhaltigkeit

Klima- und Biodiversitätskrisen erfordern tiefgreifende Transformationen von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Corona-Pandemie hat aufgezeigt, dass weitreichendes politisches und gesellschaftliches Handeln in Krisenzeiten möglich ist, aber eben auch, dass die Herausforderungen einer gestalteten Transformation nicht kleiner werden. Von Florian Kern, Ulrich Petschow, David Hofmann, Cathérine Lehmann und Thomas Korbun

Transformationsprozesse müssen gestaltet werden und erfordern weitreichende und vielfältige *Policy Mixes*, um die Einhaltung der planetaren Grenzen und die Verbesserung des gesellschaftlichen Wohlbefindens zu ermöglichen. Dabei ist die Corona-Krise keinesfalls als erster Schritt in eine Postwachstumsgesellschaft zu verstehen. Vielmehr kann die gegenwärtige Situation als *Degrowth by disaster* gesehen werden und ist mitnichten ein sozial und ökologisch nachhaltiges Modell. Ebenso besteht gerade auch bezüglich der Nachhaltigkeitsziele die Gefahr, dass die vermeintliche Zeitenwende (vgl. Korbun et al. in dieser Ausgabe) aufgrund von Pfadabhängigkeiten ausbleibt und der eingeschlagene konventionelle wirtschaftspolitische Stabilisierungspfad ein *(re-)growth for disaster* bewirkt.

Dieser Beitrag geht zunächst auf die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition (Petschow et al. 2018) und die dort entwickelten Handlungsempfehlungen ein, zeigt die Notwendigkeit auf, diese zu konkretisieren und *Policy Mixes* in Anlehnung an die Studien zu *sustainability transitions* zu entwickeln, und hinterfragt zugleich die wachstumsorientierten Grundannahmen dieses Forschungsstrangs.

Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition

Im Rahmen einer Studie für das Umweltbundesamt haben das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition als eine ethisch verantwortli-

che Position eines früh industrialisierten Landes wie Deutschland entwickelt, die das Potenzial hat, unproduktive Gräben in der Wachstumsdebatte zu überwinden (Petschow et al. 2018). Im Gegensatz zu den Positionen *Degrowth* und *Green Growth* besitzt sie keine starken ex-ante-Prämissen, die wissenschaftlich nicht haltbar sind. Dies gilt sowohl hinsichtlich (i) der Bewertung künftigen Wirtschaftswachstums beziehungsweise einer Schrumpfung für den Erhalt oder die Steigerung der Lebensqualität sowie (ii) der Möglichkeit einer hinreichenden Entkopplung von Wachstum und Umweltbelastungen. Gemäß dieser Position ist es ungewiss, wie sich die Wirtschaftsleistung entwickeln wird, wenn die Wirtschaftsweise in den wohlhabenden Ländern im Einklang mit globalen ökologischen Zielen grundlegend verändert wird. Es besteht jedoch eine ernst zu nehmende Möglichkeit, dass die Wirtschaftsleistung im Rahmen dieser Transformation nicht mehr ansteigen oder gar signifikant sinken könnte. Da grundlegende gesellschaftliche Institutionen, die Bestandteile eines guten Lebens ermöglichen, in hohem Maße wachstumsabhängig sind, lässt sich gemäß dem Vorsorgeprinzip das Ziel ableiten, diese Institutionen so zu transformieren, dass sie ihre Funktionen unabhängiger von der Wirtschaftsleistung erbringen können. Würde es gelingen, gesellschaftliche Institutionen wachstumsunabhängig/er zu gestalten, ergäben sich zudem größere Spielräume für eine ambitionierte Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, da sie nicht mehr einem ‚Wachstumsvorbehalt‘ ausgesetzt wäre.

Aus dieser Positionierung leiten sich vier Handlungsempfehlungen ab:

- **Kulturwandel:** Einen Wandel zu einer Kultur der Nachhaltigkeit fördern.
- **Internalisierung:** Umweltschädliche Effekte von Produktion und Konsum durch Veränderung der Rahmenbedingungen reduzieren, insbesondere durch marktbasierende Instrumente.
- **Experimente:** Neue Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung ausloten, durch partizipative Suchprozesse, Experimentierräume und neue innovations- und forschungspolitische Ansätze.
- **Wachstumsunabhängigkeit:** Gesellschaftliche Institutionen unabhängiger vom Wachstum gestalten und so Pfadabhängigkeiten der Wachstumsgesellschaft reduzieren.

Daraus ergeben sich verschiedene Fragestellungen: Wie kann der kulturelle Wandel konkret befördert werden? Wie

kann mittels ökonomischer Instrumente eine ökologische Grobsteuerung erfolgen, die Schrumpfungprozesse in ökologisch problematischen Bereichen ‚erzwingt‘, ökologisch vorteilhafte Bereiche fördert und die sozial gerecht ausgestaltet ist? Wie lässt sich aus intendierten oder nicht intendierten gesellschaftlichen Experimenten wie der Corona-Krise für die Zukunft lernen? Wie gelingt eine substanzielle Wachstumsunabhängigkeit zentraler gesellschaftlicher Bereiche? Gerade auf diese beiden letzten Fragen wollen wir im Folgenden eingehen, da sie in der Nachhaltigkeitsdebatte noch relativ wenig diskutiert sind und wir hier eine besondere Relevanz angesichts der aktuellen Entwicklungen sehen.

Die Corona-Pandemie hat in der Folge des Shutdowns zu einem großen gesellschaftlichen Experiment geführt, das nunmehr, im Spannungsfeld von Strukturstabilisierung und -veränderung, für eine Nachhaltigkeitstransformation genutzt werden sollte. In der Debatte um Wachstumsunabhängigkeit und der Auflösung tiefer Pfadabhängigkeiten sehen wir einen zentralen Beitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte, der weiter exploriert werden muss. Die Förderung der Wachstumsunabhängigkeit wird in der Perspektive elementar sein, weil einerseits die aktuelle radikale Schrumpfung bewältigt werden muss, die sicherlich auch durch Stabilisierungsmaßnahmen (grüne Investitionen) begleitet werden sollte, die aber insbesondere auch darauf ausgerichtet sein müssen grundsätzlich stärker wachstumsunabhängig zu werden. Insofern wird es darum gehen, konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln und sie durch geeignete *Policy Mixes* zu unterlegen, wie sie im Kontext der Debatte um *sustainability transitions* entwickelt werden.

Transition-Forschung und die Wachstumsfrage

In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Forschung zu *sustainability transitions* (Nachhaltigkeitsübergängen) in der Nachhaltigkeitsforschung und -praxis sehr prominent geworden (Grin et al. 2010). Basierend auf frühen Arbeiten von Kemp, Geels, Schot und anderen hat sich ein Forschungsstrang entwickelt, der von einer sehr aktiven und interdisziplinären Forschungsgemeinschaft getragen wird. Dieser Forschungsstrang geht davon aus, dass ein fundamentaler Wandel bestehender sozio-technischer Systeme, die menschliche Bedürfnisse wie Mobilität, Energieversorgung oder Ernährung befriedigen, nötig ist. Zentrale Prozesse sind dabei die Entwicklung von alternativen sozio-technischen Konfigurationen in Nischen, ihre Weiterentwicklung sowie ihre zunehmende Verbreitung. Wenn gleichzeitig Druck auf die bestehende Konfiguration ausgeübt wird (z. B. durch einen Wandel des ökonomischen, politischen oder kulturellen Kontexts), können Pfadabhängigkeiten überwunden werden, Alternativen sich langfristig durchsetzen und die bestehende Konfigurationen ablösen. Ein solcher Prozess kann durch politisches Handeln, etwa durch eine Internalisierung der externen Umweltkosten oder der Förderung der Entwicklung und Verbreitung von Alternativen unterstützt werden.

„Das grundlegende Leitbild der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit und dessen Handlungsempfehlungen basiert weiterhin auf grünem Wachstum und ignoriert weitgehend die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition.“

Die Forschung zu *sustainability transitions* hat sich in den letzten Jahren deutlich weiterentwickelt, sowohl was die Anzahl der Publikationen als auch die Breite der Forschungsstränge betrifft (Köhler et al. 2019). Dennoch kann argumentiert werden, dass ein erheblicher Teil der Literatur (insbesondere die auf den technologischen Innovationssystemen und der Mehrebenenperspektive aufbauenden Arbeiten) maßgeblich durch ihre theoretische Herkunft aus Innovationsstudien beeinflusst wird, die Innovation als Quelle von Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum sehen. Die Literatur ist hauptsächlich daran interessiert, wie die Richtung der Innovation in umweltfreundlichere Bahnen gelenkt werden kann (Stirling 2009). Nur selten reflektiert die *Transitions-Community* über die Frage des Wachstums und die Beziehung zu den politischen Empfehlungen, die sich aus Transitionsstudien ergeben (Investitionen in alternative sozio-technische Konfigurationen, Unterstützung des Wachstums von Nischen, Gewinnung größerer Marktanteile, usw.). Auch ein neuerer und umfassenderer Ansatz wie beispielsweise das *deep transition framework* von Schot (in dieser Ausgabe), baut in großen Teilen theoretisch auf Carlot Perez' Arbeiten auf, deren Ziel die Beförderung des langfristigen Wirtschaftswachstums ist.

Eine Ausnahme bilden Alkemade et al. (2011), die sich auf das potenzielle Spannungsfeld zwischen der Transformationspolitik, die im Wesentlichen auf die Initiierung gesellschaftlichen Wandels abzielt, und der Innovationspolitik, die in erster Linie auf die Stimulierung des Wirtschaftswachstums abzielt, beziehen. Dieses Spannungsfeld spiegelt sich auch in den Ideen des *European Green Deal* wider, dessen zentrale Idee darin besteht, dass Innovation und Wachstum geeignete politische Orientierungen sind, um innerhalb der planetaren Grenzen zu bleiben. Während also viele Transitionsforscher/innen die Bedeutung der politischen Diskussionen innerhalb der EU und der USA über einen *Green New Deal* als Chance für die Verwirklichung von Transitionen betrachten mögen, sind wir der Meinung, dass solche Pläne kritisch reflektiert werden müssen.

Bisher hat sich die Literatur über nachhaltige Transition nur in begrenztem Umfang mit der Frage des Wachstums und der potenziellen Spannung zwischen Wachstum und dem Verbleiben innerhalb der planetaren Grenzen befasst. Die Frage, inwieweit (wirtschaftliches) Wachstum langfristig möglich ist, oder ob durch grünes Wachstum befeuerte Übergänge langfristig mit den planetaren Grenzen vereinbar sind, bleibt unbeantwortet. Köhler et al. (2019) verweisen in ihrer umfangreichen Agenda für die Zukunft der Nachhaltigkeitsforschung nur randständig auf die Frage nach den Grenzen des Wachstums. Wir argumentieren, dass es sich hierbei um ein bedeutendes Versäumnis im Bereich der Transitionsforschung handelt, da es sich nicht um eine rein theoretische Frage handelt (die von spezialisierten Ökonom/innen in anderen akademischen Communities zu behandeln ist), sondern um eine, die Auswirkungen auf die Politikempfehlungen von Transitionsforscher/innen haben sollte.

Die Forschung zu Transitionen weist ausdrücklich darauf hin, dass weitreichende *Policy Mixes* nötig sind, um Nachhaltigkeitstransformationen zu fördern. Solche *Policy Mixes* sind nötig, da nicht nur Marktversagen korrigiert, sondern auch strukturelles und transformatorisches Systemversagen adressiert werden müssen, politisches Handeln über einzelne Politikfelder hinaus koordiniert werden müsste, es große Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Entwicklungen gibt und die Komplexität solcher gesellschaftlichen Wandlungsprozesse mit vielen verschiedenen potenziellen Politikadressat/innen enorm hoch ist (Kern et al. 2019). Die vorsorgeorientierte Postwachstumsposition stellt eine weitere Herausforderung für die Politikgestaltung dar. Zusätzlich zu den Empfehlungen der *Transitions Community* müsste ein solcher Mix insgesamt viel stärker die soziale Dimension der Transformation angehen und insbesondere die Wachstumsunabhängigkeit in zentralen gesellschaftlichen Bereichen, wie zum Beispiel der Sozialversicherungen sicherstellen.

Fazit

In Summe wird deutlich, dass die Postwachstumsposition bisher weder in Politik noch in den relevanten Forschungssträngen hinreichend berücksichtigt wird. Das grundlegende Leitbild der *sustainability transitions* Literatur und deren Handlungsempfehlungen basiert weiterhin auf grünem Wachstum und hat von daher einen gewissen blinden Fleck. Gleichwohl erweisen sich die analytischen Instrumentarien durchaus als adäquat um Transformationsstrategien abzuleiten. Im Rahmen der Tagung *Zeitenwende 2020* von IÖW und VÖW am 25. September 2020 wird es darum gehen, nach den Bedingungen des ökologischen Umbaus beziehungsweise der *sustainability transitions* vor dem Hintergrund von Postwachstumskonzepten zu fragen und die grundlegenden Handlungsorientierungen der vorsorgeorientierten Postwachstumsposition vor dem Hintergrund der *sustainability transitions* Ansätze zu vertiefen und weiterzuentwickeln.

Literatur

- Alkemade, F./Hekkert, M. P./Negro, S. O. (2011): Transition policy and innovation policy: Friends or foes? In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 1: 125–129.
- Grin, J./Rotmans, J./Schot, J. (2010): *Transitions to sustainable development: new directions in the study of long term transformative change*. London, Routledge.
- Kern, F./Rogge, K. S./Howlett, M. (2019): Policy mixes for sustainability transitions: New approaches and insights through bridging innovation and policy studies. *Research Policy* 48/10: 103 832.
- Köhler, J./Geels, F. W./Kern, F./Markard, J./Onsongo, E./Wieczorek, A./Fünfschilling, L. (2019): An agenda for sustainability transitions research: State of the art and future directions. *Environmental Innovation and Societal Transitions* 31: 1–32.
- Petschow, U./aus dem Moore, N./Pissarskoi, E./Korfhage, T./Lange, S./Schoofs, A./Hofmann, D. (2018): *Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen: Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition*. Dessau-Roßlau, UBA.
- Stirling, A. (2009): *Direction, distribution and diversity! Pluralising progress in innovation, sustainability and development*. Sussex, STEPS Centre.

AUTOR/INNEN + KONTAKT

Dr. Florian Kern ist Leiter des Forschungsfeldes Umweltökonomie und Umweltpolitik am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung,
Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel.: +49 30 884594-76,
E-Mail: Florian.Kern@ioew.de



Thomas Korbun ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung,
Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel.: +49 30 884594-0,
E-Mail: Thomas.Korbun@ioew.de



Ulrich Petschow und **David Hofmann** sind wissenschaftliche Mitarbeiter am IÖW im Forschungsfeld Umweltökonomie und Umweltpolitik.

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung,
Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel.: +49 30 884594-62,
E-Mail: Ulrich.Petschow@ioew.de,
David.Hofmann@ioew.de



Cathérine Lehmann war Praktikantin am IÖW und hat sich während ihrer Masterarbeit mit der vorsorgeorientierten Postwachstumsposition beschäftigt.

